



STADT REMAGEN

Resolution des Stadtrates der Stadt Remagen

zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Remagen und der Region

Appell an den Gesundheitsminister des Landes Rheinland-Pfalz

Der Stadtrat der Stadt Remagen verfolgt mit großer Sorge die absehbare Schließung des Krankenhauses Maria Stern in Remagen. Mit dem Wegfall dieser seit Jahrzehnten bestehenden medizinischen Einrichtung entsteht für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sowie der umliegenden Kommunen eine erhebliche Versorgungslücke – insbesondere in der wohnortnahen Notfall- und Grundversorgung.

Diese Entwicklung macht dringende Antworten erforderlich:

Wie wird die medizinische Versorgung im nördlichen Rheinland-Pfalz künftig gewährleistet? Welche Alternativen sind realistisch und tragfähig? Und wie können moderne Versorgungsmodelle die entstandenen Lücken schließen, ohne dass Patientinnen und Patienten längere Wege oder längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssen?

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Stadtrat Remagen ausdrücklich, dass Frau Staatssekretärin im Gesundheitsministerium Nicole Steingäß am Mittwoch, den 26. November 2026 in Weibern über die Zukunft der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum diskutiert.

Gleichzeitig halten wir es für unabdingbar, dass diese zentrale Debatte auch dort geführt wird, wo der Handlungsdruck aktuell am größten ist — in Remagen.

Denn hier schließt in diesen Tagen ein Krankenhaus. Hier entstehen schon jetzt Unsicherheiten und Sorgen unter Patienten, Angehörigen, medizinischem Personal, Rettungsdiensten und Hausärzten. Hier braucht es das direkte Gespräch und klare Perspektiven.

Der Stadtrat Remagen richtet daher folgenden Appell an den Gesundheitsminister des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Clemens Hoch:

Wir bitten Sie eindringlich, nach Remagen zu kommen und gemeinsam mit den örtlichen Akteuren, Ärztinnen und Ärzten, Rettungsdiensten, Pflegekräften, Kommunalpolitik und Bürgerschaft über die Zukunft der medizinischen Versorgung zu sprechen.

Eine solche Veranstaltung ist aus unserer Sicht unverzichtbar, um

- offene Fragen zur Sicherstellung der Versorgung transparent zu klären,
- realistische Szenarien für neue Versorgungsstrukturen aufzuzeigen,
- die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und
- gemeinsam tragfähige Lösungen für Remagen und die Region zu erarbeiten.

Die gesundheitliche Daseinsvorsorge ist eine zentrale staatliche Aufgabe. Gerade deshalb ist es elementar, dass in dieser kritischen Situation ein offener, verbindlicher und direkter Austausch zwischen Landesregierung und der betroffenen Region stattfindet.

Der Stadtrat Remagen erwartet, dass die Landesregierung sich dieser Verantwortung stellt und die Menschen vor Ort nicht alleine lässt.

Remagen braucht Antworten. Remagen braucht Perspektiven. Und Remagen braucht sie jetzt.